



Demokratie und Zusammenhalt | 02.2024

Die Mitte stärken

Warum die Mitte an Zuversicht verliert – und was Ampel und Union jetzt tun sollten, um die Mitte nicht zu verlieren

Robert Vehrkamp und Silke Borgstedt

Die Menschen in der Mitte der Gesellschaft verlieren an Zuversicht. Sie hadern zunehmend mit den demokratischen Parteien, denen sie bisher vertraut und die sie gewählt haben. Ampel und Union reagieren darauf vor allem mit gegenseitiger Konfrontation und Blockade. Besser als sich *in* der Mitte zu bekämpfen wäre, sich *gemeinsam um* die Mitte zu bemühen – die Lage und ein Vorschlag.

Nur noch jeder Vierte (26 Prozent) der Menschen im Nostalgisch-Bürgerlichen Milieu und nur noch jeder Zweite (50 Prozent) im Adaptiv-Pragmatischen Milieu der gesellschaftlichen Mitte schauen eher optimistisch in die Zukunft. Der Verlust an Zuversicht seit 2022 fällt mit jeweils etwa 20 Prozentpunkten in der Mitte doppelt so hoch aus wie im Durchschnitt aller Deutschen. Darüber hinaus verlieren die Parteien der Ampelkoalition in den beiden Milieus der Mitte überdurchschnittlich stark, ohne dass die Unionsparteien nachhaltig davon profitieren. In der nostalgischen Mitte legt die Union bei Ampelverlusten in Höhe von 29 Prozentpunkten

um lediglich 7 Prozentpunkte zu. In der pragmatischen Mitte bei 22 Prozentpunkten Ampelverlusten um lediglich 3 Prozentpunkte. Gleichzeitig meinen knapp drei Viertel (73 Prozent) aller Menschen mit einer Meinung zur Schuldenbremse, es sei besser sich heute Geld zu leihen, um damit in die Zukunft zu investieren. Das sehen auch mehr als zwei Drittel der Menschen in den Milieus der Mitte so. Mehr Investitionen in Schulen, Infrastruktur und Klimaschutz wären damit gleichzeitig Investitionen in die Zuversicht der Mitte, in ihre Unterstützung für die Parteien der Mitte und damit in die Resilienz unserer Demokratie.

Die Mitte verliert an Zuversicht

Die gesellschaftliche Mitte war lange stabilisierendes Element der bundesdeutschen Gesellschaft, hat sich aber gewandelt: Einst aufstiegs- und veränderungsbereit ist sie heute durch Krisen und Herausforderungen verunsichert und erschöpft. Diese bedeutsame Verschiebung rückt erst seit einigen Monaten zunehmend in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit, ist aber eine längerfristige Entwicklung, die sich in den zurückliegenden 20 Jahren klar herausgebildet hat. Die selbstbewusste, von der Normalität wirtschaftlichen Aufstiegs geprägte bürgerliche Mitte der 2000er Jahre hat im zeitlichen Verlauf kontinuierlich an Deutungshoheit im gesellschaftlichen Wertegefüge eingebüßt: Die zunehmende Etablierung postmaterieller Werte (Ökologie, Emanzipation, Interkulturalität etc.) sowie die Entstehung neuer postmoderner Milieus, in denen Disruption, Krisenresilienz und neue Formen des Arbeitens und Lebens im Fokus stehen, setzen gelernte Gewissheiten der Mitte unter Druck.

Dieser Druck führt seit 2015 zu dynamischen Binnenentwicklungen und einer resultierenden Ausdifferenzierung in einen nostalgisch-bürgerlichen und einen adaptiv-pragmatischen Teil. Beide Milieus eint die Suche nach Harmonie, Planbarkeit und Wohlstandssicherheit, sie haben aber diesbezüglich unterschiedliche Anforderungen.

Die „Nostalgisch-Bürgerlichen“ fühlen sich weiter als Mitte der Gesellschaft, sind aber verunsichert und sehen sich durch permanente Veränderungsappelle bedrängt (Digitalisierung, Diversität, Klimaschutz etc.). Sie halten an vertrauten Regeln fest, um sie gegen wahrgenommene Zumutungen des ökologischen Zeitgeists zu verteidigen. Ihr Motto: Wenn sich schon etwas ändern muss, dann nur, damit alles so bleibt, wie es ist.

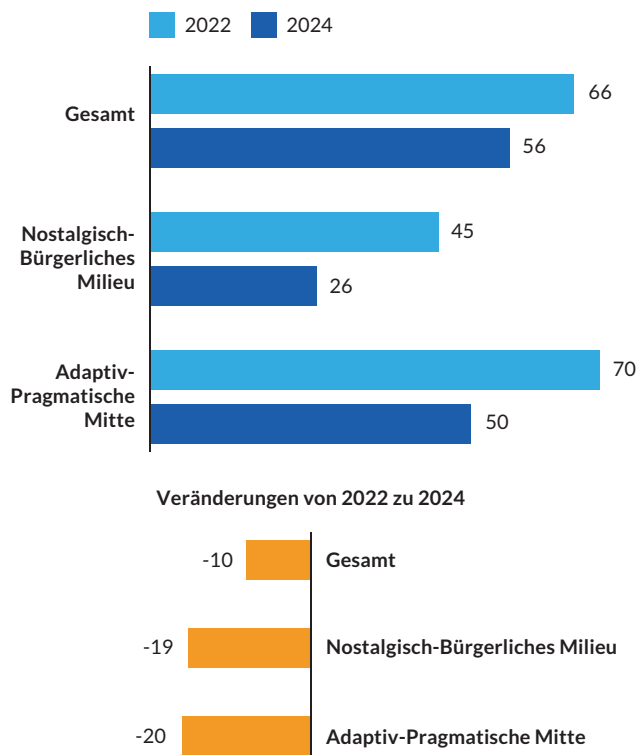
„Der Innovationsstau, die hängende Digitalisierung, die ausufernde Bürokratie, der Fachkräftemangel – das alles macht den Mitte-Milieus zu schaffen.“

Die „Adaptiv-Pragmatischen“ bilden die moderne, nachwachsende Mitte mit relativ hoher Bildung, Leistungsorientierung und Veränderungsbereitschaft. Sie sind grundsätzlich zukunftsoptimistisch unterwegs, ihre Modernisierungsambitionen fallen allerdings in die Zeit einer dringend erneuerungsbedürftigen Infrastruktur und eines abflachenden Wirtschaftswachstums. Der Innovationsstau, die hängende

ABBILDUNG 1 Die Mitte verliert an Zuversicht

In Prozent und Veränderungen in Prozentpunkten

Frage: Ganz allgemein gesprochen schauen Sie eher optimistisch oder eher pessimistisch in die Zukunft?
(sehr optimistisch/eher optimistisch)



Quelle: SINUS-Institut: Standardisierte Online-Befragung, repräsentativ für die deutsche Bevölkerung, Mai 2022 und Januar 2024

| BertelsmannStiftung

Digitalisierung, die ausufernde Bürokratie, der Fachkräftemangel – das alles macht ihnen zu schaffen. Sie sind in der Rushhour ihres Lebens, das durch einen als dysfunktional erlebten Alltag geprägt ist – und zunehmend transformationsenttäuscht. Dass sich in den beiden Milieus der Zukunftsoptimismus innerhalb von zwei Jahren um 20 Prozentpunkte verringert, ist somit zwar auffallend, aber nicht überraschend: Während bei den Adaptiv-Pragmatischen noch jeder Zweite optimistisch ist, sind es im nostalgisch-bürgerlichen Milieu nur noch 26 Prozent. Nachlassender Optimismus geht dabei in beiden Milieus mit einer wachsenden Offenheit für rechtspopulistisches Agenda-Setting einher.

Interessant ist, dass die aktuelle Lebenszufriedenheit in den Mitte-Milieus weiterhin recht hoch ist, der Blick in die unmittelbaren Zukunftsaussichten aber stark eingetrübt. Es geht somit primär um befürchtete, nicht aber konkret erlebte Verluste.

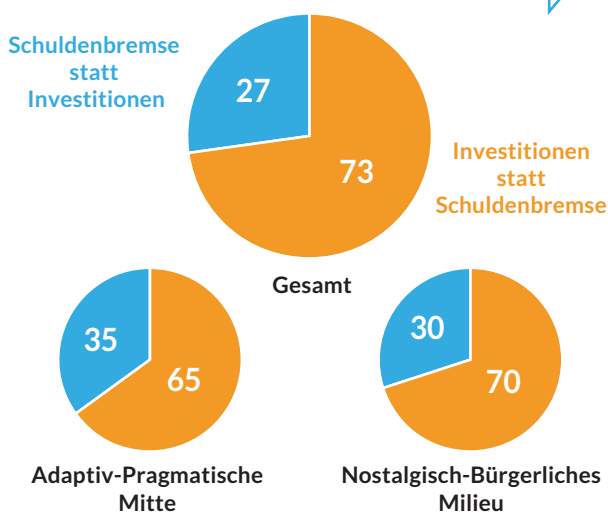
ABBILDUNG 2 Investitionen statt Schuldenbremse

In Prozent

Welcher der beiden folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu?

Es ist besser sich heute Geld zu leihen, um damit in die Zukunft zu investieren, damit wir unseren Kindern keine kaputten Schulen, kaputte Straßen und keine kaputte Umwelt hinterlassen.

Unseren Kindern möglichst wenig Staatsschulden zu hinterlassen hat für mich absolute Priorität, auch wenn dadurch Investitionen z.B. in Schulen, den öffentlichen Nahverkehr oder einen besseren Klimaschutz nicht mehr finanzierbar sind.



Quelle: Sinus-Milieus® und YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Februar 2024.

| BertelsmannStiftung

Mehr Investitionen statt Schuldenbremse

Die Milieus der Mitte teilen das Selbstbild, von der Regierung in den eigenen Nöten und Sorgen nicht gesehen zu werden. Die Wahrnehmung kurzgefasst: Wer Geld hat, kann sich die Kosten der ökologischen Transformation leisten, ohne sein Verhalten zu ändern; wer kein Geld hat, wird staatlich subventioniert. Man selbst aber profitiert nicht – bzw. bekommt noch nicht einmal einen Plan in die Hand, wie man künftig profitieren könnte. Der politisch interessierte Blick richtet sich entsprechend auf die Themen Zukunftssicherheit und Verteilungsgerechtigkeit.

Folgerichtig wird das Thema „Schuldenbremse“ in der Mitte besonders aufmerksam verfolgt. Es resoniert mit dem persönlich wahrgenommenen Dilemma vom nötigen Zusammenhalten der Ressourcen versus risikobehafteter Investitionen in eine sich wandelnde Zukunft, paradigma-

tisch versinnbildlicht in den kalkulatorischen Abwägungen bei der künftigen häuslichen Energieversorgung.

Historisch betrachtet hat die gesellschaftliche Mitte ein durchaus distanzierteres Verhältnis zum Begriff „Schulden“, haftet ihm doch eine gewisse moralisch verwerfliche Bequemlichkeit an. Das aus der Nachkriegssozialisation gelernte Belohnungsparadigma, dass man sich erst etwas leisten sollte, wenn man dafür gespart und zurückgelegt hat, ist tief im bürgerlichen Selbstverständnis verankert, ebenso die Beäugung von Personengruppen, die offenkundig „über ihre Verhältnisse leben“.

Allerdings hat sich dies insbesondere im adaptiv-pragmatischen Milieu gewandelt und ist einer stärkeren Gegenwartsorientierung gewichen („heute profitieren, wer weiß was morgen kommt“). Zudem wird – auch im nostalgisch-bürgerlichen Milieu – der jeweilige Zweck aufgenommener „Schulden“ differenziert: Der Kredit für den Hauskauf gilt als vorausschauende Alterssicherung, der Kredit für die nächste Urlaubsreise ist eher ein Zeichen dafür, seine Mittel nicht unter Kontrolle zu haben.

Den Milieus der Mitte ist wichtig, dass Schulden dort „gebremst“ werden, wo Ausgaben als unnötig oder unfair empfunden werden. Investitionen in die Zukunftsfähigkeit gelten nicht als Schulden. Vielmehr bilden Investitionen in funktionierende Infrastrukturen aus ihrer Sicht überhaupt erst die Basis, Wachstum zu erwirtschaften. Es kann nur mehr gearbeitet werden, wenn Kitas, Schulen und Pflegesysteme funktionieren. Effizientere und nachhaltigere Mobilität kann nur gelingen, wenn Infrastrukturen entsprechend ausgebaut sind.

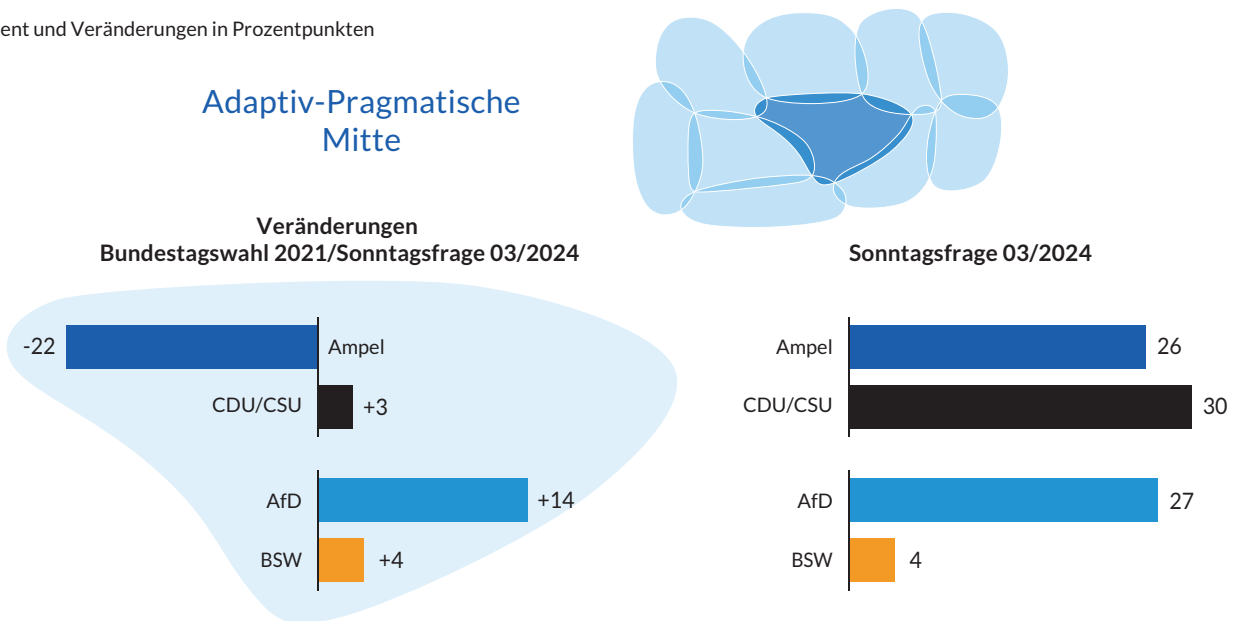
„Zentraler Wunsch der Milieus der Mitte ist daher weniger eine Konzentration auf große polarisierende Debatten, sondern auf Programme für einen gelingenden Alltag.“

Zentraler Wunsch der Milieus der Mitte ist daher weniger eine Konzentration auf große polarisierende Debatten, sondern auf Programme für einen gelingenden Alltag (Infrastrukturen, Bildung, Bürokratieentlastung/Digitalisierung etc.). Hierdurch sehen sie sich in ihren Sorgen abgeholt und in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt.

Da gerade die Milieus der Mitte einstellungsbildend in die Gesellschaft wirken und damit wesentlich sind für das Erreichen positiver Kippunkte, ist es für die demokratischen Parteien umso wichtiger, ihre Anliegen und Themen zu adressieren.

ABBILDUNG 3 **Adaptiv-Pragmatische Mitte – Wahlergebnis Bundestagswahl 2021 und Sonntagsfrage 03/2024**

In Prozent und Veränderungen in Prozentpunkten



Quelle: YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (September 2021 und Februar 2024), eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

Die Ampel verliert – die Union stagniert (I)

Bei der Bundestagswahl 2021 haben die drei Parteien der Ampelkoalition in der Adaptiv-Pragmatischen Mitte mit zusammen 48 Prozent die absolute Mehrheit der Stimmen nur knapp verfehlt. Die SPD kam auf 24 Prozent, die Grünen und die FDP auf jeweils 12 Prozent. Hinzu kam eine in der pragmatischen Mitte überdurchschnittlich starke Union (27 Prozent). Zusammen kamen die demokratischen Parteien der Bonner Republik damit auf satte 75 Prozent der Wählerstimmen. Weit abgeschlagen lag die AfD mit nur 13 Prozent sogar nur leicht oberhalb ihres Gesamtergebnisses (10,4 Prozent). Die Adaptiv-Pragmatische Mitte blieb bei der Bundestagswahl 2021 also fest in der Hand der demokratischen Parteien der politischen Mitte.

Das hat sich im Stimmungsbild der Jahre 2023 und 2024 deutlich verändert (Abbildung 3). Bei der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl hatten die drei Ampelparteien sich Ende Februar 2024 mit zusammen nur noch 26 Prozent gegenüber der Bundestagswahl nahezu halbiert. Sogar mehr als halbiert haben sich dabei die Werte der FDP (von 12 auf 5 Prozent). Aber auch die Werte der Grünen (von 12 auf 6 Prozent) und der SPD (von 24 auf 15 Prozent) zeigen sich ähnlich schlecht. Die meisten Menschen der pragmatischen Mitte differenzieren also nicht zwischen den drei streitenden Regierungsparteien (Vehrkamp/Matthieß, S.21). Sie vergeben keine

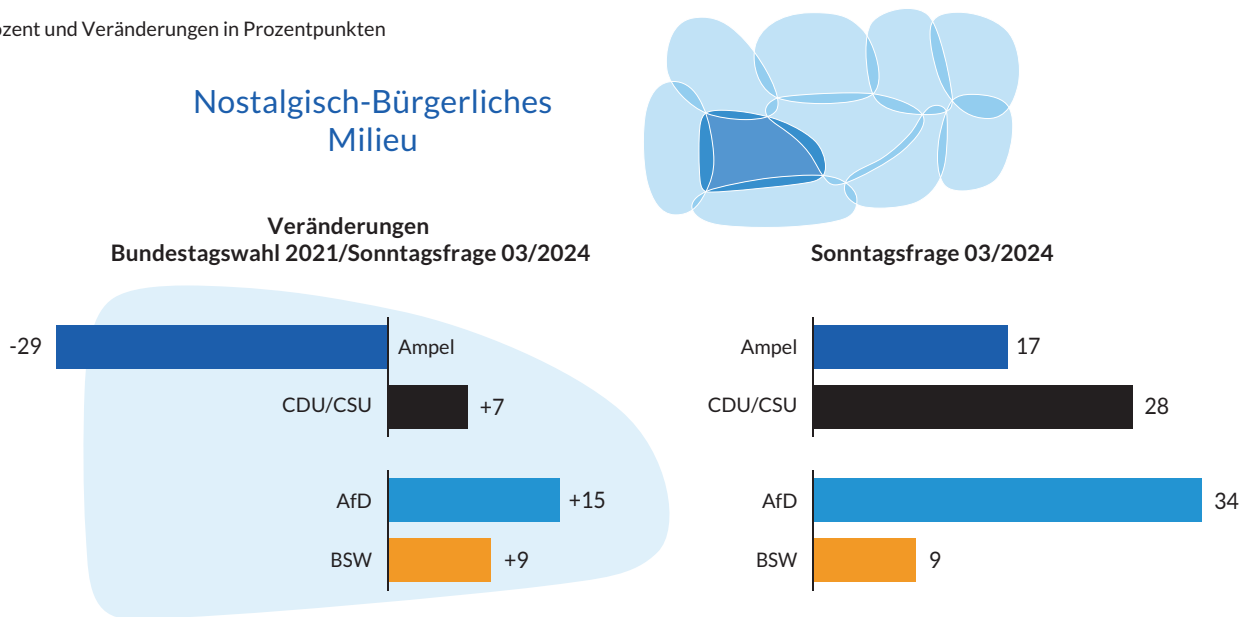
Einzelnoten für Streitgewinner:innen und Streitverlierer:innen. Stattdessen erwarten sie von der Regierung entschlossenes Handeln, gemeinsam vereinbarte Problemlösungen und ein gemeinsames Erklären und Vertreten der dabei erzielten Kompromisse im gemeinsamen Regierungshandeln. Das ist auch und gerade in den Milieus der Mitte die vorherrschende Stimmung und Erwartung, die von den Akteuren der Ampelkoalition nur allzu oft enttäuscht wird.

Ebenso auffällig wie die Schwäche der Ampelparteien ist jedoch die gleichzeitige Stagnation der Unionswerte. Der größten demokratischen Oppositionspartei gelingt es in der Adaptiv-Pragmatischen Mitte nicht einmal annähernd von den starken Verlusten der Ampelkoalition nachhaltig zu profitieren, obwohl die pragmatische Mitte lange eines ihrer Stammwählenden-Milieus war. Nur weniger als ein Siebtel (3 von 22 Prozentpunkten) der Verluste der Ampelkoalition kann die Union dort derzeit für sich verbuchen. AfD und BSW profitieren mit Zugewinnen in Höhe von 18 Prozentpunkten in der Adaptiv-Pragmatischen Mitte sechsmal so stark wie die Union.

Quellenverweis: Die zitierten Umfragewerte hat das Umfrageinstitut YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in zwei Online-Umfragen Ende September 2021 und Ende Februar 2024 erhoben. Befragt wurden im September 2021 insgesamt 10.064 Personen und im Februar 2024 als Recontact-Umfrage insgesamt 3.803 Personen. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Die Werte zum Zukunftsoptimismus der Milieus wurden in zwei standardisierten Online-Befragungen im Mai 2022 und Januar 2024 durch das SINUS-Institut erhoben. Ihre Ergebnisse sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung.

ABBILDUNG 4 Nostalgisch-Bürgerliches Milieu – Wahlergebnis Bundestagswahl 2021 und Sonntagsfrage 03/2024

In Prozent und Veränderungen in Prozentpunkten



Quelle: YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (September 2021 und Februar 2024), eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

Die Ampel verliert – die Union stagniert (II)

Sehr ähnlich zeigt sich dieses Muster auch im Milieu der Nostalgisch-Bürgerlichen Mitte, dem nach seinen Werten und Einstellungen traditionelleren Teil der gesellschaftlichen Mitte. Auch hier hatten die Parteien der Ampelkoalition mit zusammen 46 Prozent bei der Bundestagswahl 2021 ein Ergebnis nahe an der absoluten Mehrheit erzielt. Den größten Anteil daran hatte erneut die SPD (25 Prozent), gefolgt von der FDP (11 Prozent) und den Grünen (10 Prozent). Addiert man die für ihre Verhältnisse bei der Bundestagswahl sogar noch einmal unterdurchschnittlichen 21 Prozent der Unionsparteien, dominierten die demokratischen Parteien der Bonner Republik mit zusammen immerhin 67 Prozent auch das Milieu der nostalgischen Mitte.

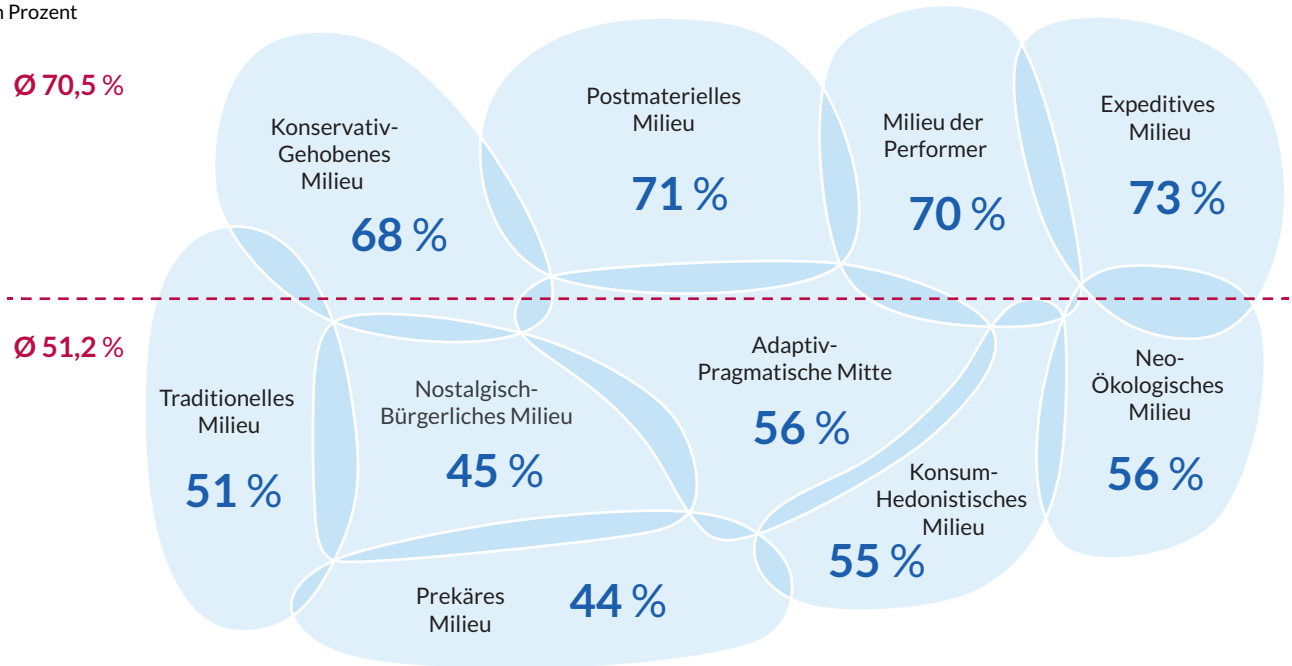
Bis Ende Februar 2024 kam es aber auch hier zu einer Erosion des Vertrauens in die Parteien der Ampelkoalition, ohne dass die Unionsparteien davon substantiell profitieren konnten. Zwar liegen CDU/CSU in der Nostalgisch-Bürgerlichen Mitte inzwischen wieder bei 28 Prozent, konnten damit aber von den 29 Prozentpunkten Ampelverlusten lediglich mit 7 Prozentpunkten profitieren. Mehr als dreimal so stark zeigt sich dagegen der aggregierte

Zuwachs in Höhe von 24 Prozentpunkten bei AfD und BSW (plus 15 Prozentpunkte für die AfD und plus 9 Prozentpunkte für das BSW). Die AfD hat damit im Stimmungsbild der Nostalgisch-Bürgerlichen Mitte derzeit die Marktführerschaft übernommen, und liegt mit 34 Prozent und einem doppelt so starken Zuwachs seit der Bundestagswahl deutlich vor der CDU/CSU.

Auch hier scheint sich die bisherige Strategie der Union also nicht auszuzahlen. Ihr Konfrontations- und Blockadekurs in vielen zentralen Fragen deutscher Innen-, Wirtschafts- und Krisenpolitik verfehlt bislang sein Ziel. Trotz oder gerade deswegen kann die Union von der Erosion der Ampelwerte bisher nicht profitieren. Ihr bisheriger Kurs scheint die gläserne Decke von 30 Prozent Zustimmung nicht durchbrechen zu können. Im Gesamtbild gelingt es den demokratischen Parteien der Bonner Republik derzeit nicht in der Mitte den Eindruck von Empathie, Problemlösungsfähigkeit und Zugewandtheit zu hinterlassen, um ihre Wählerschaft gegen populistische Verführung und Mobilisierung zu immunisieren. Mit ihrer Zuversicht erodiert auch ihre demokratische Resilienz. Höchste Zeit also für die Parteien der demokratischen Mitte darauf gemeinsam zu reagieren.

ABBILDUNG 5 Verteilung der Wähler:innen der Unions- und Ampelparteien in den Sinus-Milieus®, Umfrage 2024

In Prozent



Quelle: Sinus-Milieus® und YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Februar 2024.

| BertelsmannStiftung

Eine neue soziale Konfliktlinie der Demokratie?

Als weitere Auffälligkeit der aktuellen Stimmungslage in Deutschland deutet sich eine wieder stärker von sozialen Unterschieden geprägte elektorale Konfliktlinie an, deren Verfestigung das Ergebnis der Bundestagswahl 2025 prägen könnte, sofern die demokratischen Parteien der politischen Mitte darauf nicht rechtzeitig und nachhaltig reagieren. Diese neue Linie elektoraler Auffälligkeit zeigt sich beispielhaft an den aggregierten Zustimmungswerten der Parteien der

„Viele Menschen, vor allem aus sozial schwächeren Milieus und der Mitte fühlen sich von den Parteien der Bonner Demokratie nicht mehr hinreichend repräsentiert.“

Bonner Republik, also der drei Ampelparteien SPD, Grüne und FDP plus den beiden Unionsparteien CDU und CSU. Bei der Bundestagswahl 2021 lag ihr aggregierter Stimmenanteil bei allen Wähler:innen noch bei immerhin drei Viertel (76 Prozent). Im Frühjahr 2024 hat sich die Zustimmung zu den Bonner Parteien um knapp ein Viertel (16 Prozentpunkte) auf nur noch 60 Prozent verringert. Hinter diesem Einbruch verbirgt sich allerdings eine nach Milieus deutlich unterschiedliche Entwicklung. So lag die Zustimmung

zu den Bonner Parteien in den vier Milieus der sozialen Ober- und der oberen Mittelschicht mit durchschnittlich immerhin noch 70,5 Prozent auch im Frühjahr 2024 noch deutlich oberhalb der Marke von zwei Dritteln der Wählerschaft dieser vier Milieus. Im Durchschnitt der insgesamt sechs sozial weniger starken Milieus lag sie allerdings bei nur noch etwas mehr als der Hälfte (51,2 Prozent). In zwei dieser sechs Milieus der sozial unteren Mittel- und Unterschicht liegen die aggregierten Zustimmungswerte der fünf Bonner Parteien sogar bereits deutlich unterhalb der 50-Prozent-Marke (Abbildung 5). So hätten sich bei einer Bundestagswahl Ende Februar 2024 lediglich noch 45 Prozent der Wähler:innen im Nostalgisch-Bürgerlichen Milieu und nur noch 44 Prozent der Wähler:innen des Prekären Milieus für eine der Bonner Parteien entschieden. Das zeigt sehr deutlich, dass der Vertrauens- und Zustimmungsverlust der Bonner Parteien ein stark von sozialen Unterschieden und der sozialen Lage der Milieus geprägtes Profil hat. Während die vier sozial starken Milieus der oberen Mittel- und Oberschicht den Bonner Parteien zu mehr als zwei Drittel vertrauen, tut dies in den sozial schwächeren Milieus der Mittel- und Unterschichten nur noch etwa die Hälfte aller Wähler:innen.

Noch deutlicher wird dieses soziale Profil, wenn man die stark unterschiedliche Wahlbeteiligung und den jeweiligen Anteil an Nichtwähler:innen in den Milieus mit in den Blick nimmt. Die sozial stärkeren Milieus sind nämlich zugleich die wählerstärkeren mit einer signifikant höheren Wahlbeteiligung und einem spiegelbildlich deutlich geringeren Anteil an Nichtwähler:innen. Während die geschätzte Wahlbeteiligung im Durchschnitt der vier oberen Milieus bei etwas mehr als 85 Prozent lag, kamen die sechs unteren Milieus auf lediglich knapp 70 Prozent. Für die Gesamtwahlergebnisse der Parteien und die Machtverteilung im Parlament prägen die oberen Milieus durch ihre signifikant höhere Wahlbeteiligung die Wahlergebnisse also vergleichsweise stärker als die unteren Milieus. Sie sind überrepräsentiert, während die Milieus der Mittel- und Unterschicht unterrepräsentiert sind. Das erzeugt Repräsentationsverzerrungen und Repräsentationslücken. Viele Menschen vor allem aus den sozial schwächeren Milieus und der Mitte fühlen sich von den Parteien der Bonner Demokratie nicht mehr hinreichend repräsentiert. Sie entscheiden sich bei Wahlen immer häufiger entweder für die Nichtwahl oder für die (Protest-)Wahl populistischer Parteien. Das gefährdet die Stabilität der politischen Mitte, erschwert Regierungsbildungen innerhalb des demokratischen Parteienspektrums der Mitte, erhöht die Polarisierung an den Rändern und kann im Extremfall zur partiellen Beschädigung oder zunehmenden Dysfunktionalität des parlamentarischen Regierungssystems führen.

Mehr Kooperation und Problemlösung statt Konfrontation und Blockade

Bisher reagieren die demokratischen Parteien der Bonner Republik auf diese Lage vor allem mit mehr Wettbewerb, Konfrontation und gegenseitiger Blockade – sowohl innerhalb der Ampelkoalition als auch zwischen den Ampel- und Unionsparteien. Die letzten Beispiele dafür sind die stark konfrontativen Reaktionen auf die Proteste der Bauern sowie die Blockade und das Schrumpfen des Wachstumschancengesetzes im Bundesrat. Auch das gesellschaftlich stark polarisierte Thema der Migration wird zwar gemeinsam bearbeitet, in der öffentlichen Diskussion untereinander aber weiterhin vor allem strittig und kontrovers behandelt.

Dahinter steht die offensichtlich vorherrschende Ein-

schätzung der demokratischen Parteien, eher durch Streit untereinander als durch Kooperation miteinander die Wähler:innen der Mitte für sich überzeugen zu können. Bisher scheint diese Strategie allerdings wenig erfolgreich zu sein. Eher gegenteilig scheint sich der Vertrauensschwund, der Verlust an Zuversicht und die Bereitschaft zur Stärkung der demokratischen Mitte bei Wahlen dadurch zu verstärken.

Sehr deutlich zeigt sich das an den Auseinandersetzungen um die Schuldenbremse. Alle Parteien plädieren zwar für mehr Investitionen, schaffen es aber politisch nicht sich im Konsens auf Wege ihrer nachhaltigen Finanzierung zu verständigen. Innerkoalitionäre Profilierungs- und oppositionspolitische Blockadestrategien verhindern die gemeinsame und pragmatische Umsetzung machbarer Lösungen, die sich vor allem die Menschen aus in der Mitte der Gesellschaft wünschen.

„Eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland wünscht sich mehr Investitionen, auch wenn dafür zunächst einmal mehr Schulden des Staates erforderlich sind.“

Dabei zeigt das Meinungsbild zur Schuldenbremse sehr eindeutig, dass sich eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland mehr Investitionen beispielsweise in Schulen, Infrastruktur und Klimaschutz wünschen, auch wenn dafür zunächst einmal mehr Schulden des Staates erforderlich sind. Sie begreifen solche Ausgaben als Investitionen in die Zukunft – und die würde auch die vielzitierte schwäbische Hausfrau als Sinnbild der pragmatischen Mitte mit verantwortbaren und der eigenen Kreditwürdigkeit entsprechenden „Schulden“ finanzieren.

Das Gelingen solcher Investitionen in die Zuversicht der Mitte könnte mit Blick auf die Wahljahre 2024 und 2025 darüber mitentscheiden, ob den Bonner Parteien der demokratischen Mitte die elektorale Rückeroberung der bröckelnden Mehrheiten in der Mitte der Gesellschaft gelingt. Noch wäre zumindest mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 fast ein Jahr Zeit dafür. Die anstehenden Verhandlungen über den Haushalt 2025 sind dafür entscheidend und die vielleicht letzte Chance eine solche Trendwende in der Mitte noch rechtzeitig zu schaffen. Statt Konfrontation und Blockade sollten Ampel und Unionsparteien diese Chance gemeinsam nutzen.

Fazit: Investieren in die Zuversicht der Mitte!

Die Stimmung in der Mitte der Gesellschaft ist schlecht. Vor allem die Milieus der Mitte blicken immer weniger optimistisch in die Zukunft. Ihr Verlust an Zuversicht prägt die gesellschaftliche Stimmung und überträgt sich in andere Milieus. Gleichzeitig schwindet ihre Unterstützung für die Parteien der demokratischen Mitte. Der Schwund an Zuversicht und Vertrauen vor allem in der Mitte und in den sozial schwächeren Milieus der Gesellschaft führt zu einem Wiedererstarken sozialer Konfliktlinien, zum Erstarken des Populismus und prägt zunehmend die Umfragen und Wahlergebnisse.

Gleichzeitig wünscht sich die Mitte wie die große Mehrheit aller Menschen in Deutschland mehr Investitionen in die wichtigen Bereiche ihrer Lebensrealität, mehr Investitionen in ein besseres Funktionieren ihres Alltagslebens, von den Schulen zu den Krankenhäusern,

von der Digitalisierung zur Mobilität, vom Klimaschutz zur inneren und äußeren Sicherheit und von der Integration bis zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt.

Statt kameralistischem Festhalten an der Schuldenbremse wünschen sich die meisten Menschen in Deutschland solche Investitionen auch, wenn sie zunächst durch mehr Kredite des Staates finanziert werden müssten. Buchhalterische Schuldenphobie spiegelt weder die Mehrheitsmeinung der Deutschen insgesamt, noch die der Menschen in der gesellschaftlichen Mitte.

Solche Investitionen in die Zuversicht der Mitte wären damit Investitionen in die Resilienz unserer Demokratie. Der Haushalt 2025 ist vor der Bundestagswahl 2025 dafür die letzte Chance. Gelingt den Parteien der „gelungenen“ Bonner Demokratie ein solcher Kraftakt? Die Mitte selbst ist mit großer Mehrheit dafür – die Parteien der demokratischen Mitte auch?

Autorin und Autor



Prof. Dr. Robert Vehrkamp

robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 30 27 57 88135



Dr. Silke Borgstedt

silke.borgstedt@sinus-institut.de
Tel. +49 30 20 61 30 98 13

Robert Vehrkamp ist Senior Advisor im Programm „Demokratie und Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung und Gastprofessor am Institut für Demokratieforschung der Leuphana Universität in Lüneburg.

Silke Borgstedt ist Geschäftsführerin der Sinus Markt- und Sozialforschung GmbH in Berlin.

Weiterführende Literatur

Borgstedt, Silke (2023). „Die Sinus-Milieus als Instrument für Transformationsforschung und evidenzbasierte Politikberatung“. In: Praxis der Sinus-Milieus. Wiesbaden.

Bergmann, Knut, Silke Borgstedt, Matthias Diermeier, Tim Gensheimer und Judith Niehues (2023). „Mitte ohne Maß? Widersprüchliche Entlastungsforderungen“. Wirtschaftsdienst 103 (2). 130-136.

Vehrkamp, Robert und Silke Borgstedt (2024). Plurale Wahlen – Wahlverhalten und Wahlbeteiligung in den sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2021. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. (erscheint demnächst)

Vehrkamp, Robert (2018). Preisgabe der Mitte? Zum Umgang mit Rechtspopulismus am Beispiel der CSU.

EINWURF 03/2018 – Policy Brief der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Vehrkamp, Robert und Theres Mattheiß (2023). Mehr Koalition wagen – Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2021. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Vehrkamp, Robert und Klaudia Wegschaidter (2017). Populäre Wahlen – Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh · www.bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. Robert Vehrkamp

Redaktionsassistentin und Anfragen:
gaelle.beckmann@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81105

April 2024 | ISSN: 2197-5256

EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der EINWURF ist ein Policy Brief des Programms »Demokratie und Zusammenhalt« der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Themen und Herausforderungen einer Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der politischen Teilhabe, der Zukunft von Parteien und Parlamenten, der Nachhaltigkeit demokratischer Politik sowie neue Formen der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung. Der EINWURF erscheint unregelmäßig in 6-8 Ausgaben pro Jahr.